

R. Hein

Diskussionsbeitrag auf dem LPT in Plötzky am 11.10.2020

Ich will zu vier Punkten etwas sagen:

1. Es ist neunzehn Jahre her, dass wir in einer ähnlichen Situation waren wie heute. Wir hatten Landtags- und die Bundestagswahlen im gleichen Jahr. Es war das Jahr 2002 und manche von uns mögen sich nicht mehr gern daran erinnern.

Martin Reso hatte damals für das Landeswahlbüro einen verbundenen Landtags- und Bundestagswahlkampf angekündigt. Das werden wir diesmal wieder so machen müssen.

Und diesmal sollten wir daraus eine Erfolgsgeschichte machen.

Das wird uns nur gelingen, wenn wir uns ehrlich die Karten legen und nicht auf bequeme Erklärungsmuster ausweichen.

Wir werden in den Wahlen nur gewinnen, wenn wir Wählerinnen und Wähler **hinzu**gewinnen.

Unser Problem sind nicht die Wähler*innen, die uns aus guter Überzeugung wählen, sondern die, die wir nicht oder nicht mehr erreichen. Also vor allem die Nichtwähler*innen.

Fast 40% von ihnen befinden sich im unteren Fünftel der Einkommens-Skala.

Und die wohnen zum großen Teil in den Quartieren mit der niedrigsten Wahlbeteiligung: in Magdeburg in Neu Olvenstedt, Reform und Neustadt oder in Halle Silberhöhe. Die müssen wir ansprechen! Sie sind zudem ein Großteil des Adressatenkreises unserer Politik.

Eine quartiergenaue Analyse lohnt sich mit Blick auf wahlstrategische Entscheidungen:

Dort wo die Wahlbeteiligung nämlich niedrig ist, erreichen wir zwar passable prozentuale Stimmenergebnisse, aber wir erreichen nur einen kleinen Teil von allen Wahlberechtigten. Sogar teilweise weniger als in Quartieren mit hoher Wahlbeteiligung.

Wir müssen – und das geht nur mit genauer Kenntnis der Zusammenhänge vor Ort – unseren Wahlkampf passgenau ausrichten.

Die Ansprache von Menschen, die wir in einer Fridays for Future-Demo finden, wird anders sein müssen als am Neustädter See in Magdeburg oder in Halle Silberhöhe. Und ich meine nicht, dass wir unsere politischen Standpunkte anpassen müssen, sondern dass wir für unsere Standpunkte andere Argumente und eine andere Ansprache finden müssen.

2. Die Zahl der Briefwähler*innen hat vor Wahl zu Wahl stark zugenommen. Im Schnitt sind es 12-16 % der Wahlberechtigten, das sind zwischen 15 und 24% aller Wähler*innen bei den Wahlen in den letzten Jahren.

Das ist ein sehr bewusstes und entschlossenes Wähler*innenklientel. Sie wohnen vor allem in Quartieren mit **hoher** Wahlbeteiligung. Die sind durchaus für uns aufzuschließen, aber die erreichen wir nicht mehr in der letzten Wahlkampfphase. Wir brauchen hierfür eine eigene Strategie.

3. Unser Wahlkampf wird wahrscheinlich das ganze Jahr unter Pandemie-Bedingungen stattfinden. Und je komplizierter die Lage wird, desto wichtiger ist es, der Verknüpfung von Teilnehmer*innen der sogenannten Hygienedemos mit den demokratiefeindlichen rechten Gruppierungen aller Art entgegenzutreten. Niemand hat das Recht im vermeintlichen Namen von Freiheit und Demokratie die Gesundheit anderer Menschen zu gefährden. Genau dort hat die individuelle Freiheit ihre Grenzen.

Wenn diese Unterscheidung nicht gelingt, dann können Wahlentscheidungen ganz schnell zugunsten von Antidemokraten ausfallen. Nur zur Erinnerung: Im September 2015 hatte die AfD Umfragewerte, die nur bei etwa 5% lagen. Drei Monate später waren es über 13% und ihr Einzug in den Landtag nicht mehr zu verhindern.

Da reichen dann wieder populistische Sprüche, die ganz demokratisch und freiheitsliebend daherkommen, aber in der Substanz nur verantwortungslos und undemokratisch sind.

Lasst uns das nicht geringschätzen. Das ist zwar nicht allein unsere Aufgabe, aber es ist **auch unsere**.

4. Und ein Viertes. Für die Erarbeitung des Wahlprogramms wurde uns Transparenz versprochen. Sie kam nicht, stattdessen kam die Pandemie. Die hat manches durcheinandergewirbelt, auch Entscheidungsprozesse. Aber sie darf nun nicht als Begründung dienen, dass der Anspruch von Transparenz und Kollektivität aufgegeben wird.

Ich war selten mit den Anträgen von Linksjugend (solid) sehr glücklich. Mit diesem bin ich es in der ganzen Länge.

Es ist gut, dass der Landesvorstand einen Teil in den Leitantrag übernommen hat – aber warum streicht er in der Übernahme seine eigene Verantwortung?

Die Verantwortung nun komplett an die Redaktionsgruppe zu geben ist doch ein bisschen billig. Der Landesvorstand hat in Gänze eine Verantwortung dafür, wie ein Landeswahlprogramm entsteht mit dem wir immerhin in den Wahlkampf ziehen wollen.

Und den wollen wir erfolgreich gestalten, damit es im Land künftig sozialer zugeht. Wir stehen zu unserer Verantwortung und ich zitiere

unseren Landesvorsitzenden aus einem kürzlich gesendeten Tweet: „Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land.“